

GESELLSCHAFT

EU erneut starkes Thema

Die Slowakei ist vier Jahre EU-Mitglied. Die Haltung der Bürger zur Mitgliedschaft ist überwiegend positiv und das Thema des Wirkens der Slowakei in der EU hat auf der politischen Bühne nicht mehr resoniert. In den vergangenen Wochen gewann dieses Thema jedoch wieder an Bedeutung.

Äußerungen zum Jahrestag des EU-Beitritts

Zum 1. Mai (dem Tag des Beitritts der SR zur EU) gab es mehrere bewertende Kommentare führender Politiker. Premierminister Robert Fico: „Vier Jahre nach dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) können wir feststellen, dass die Mitgliedschaft der Slowakischen Republik in der EU eine Erfolgsgeschichte ist.“ Der Vorsitzende der oppositionellen Christlich-demokratischen Bewegung (KDH) Pavol Hrušovský gab sich viel kritischer: „Die EU kann sich nicht festlegen, wie sie sein möchte, was ihre Aufgabe ist und wie die Rolle einzelner Nationalstaaten aussehen sollte.“ Trotzdem hält die KDH die Mitgliedschaft der SR in der Union für die einzig mögliche Lösung für die Slowakei. Das dürfe jedoch laut Hrušovský „unsere Fähigkeit nicht schwächen, sich manchmal auch kritisch zu den Politiken zu äußern, die wir beobachten“. Er ist der Meinung, dass die EU das Äußerste ihrer Möglichkeiten erreicht hat.

Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Nationalrats der SR Boris Zala (von der Regierungspartei Smer-SD nominiert) glaubt nicht, dass sich durch den EU-Beitritt die Entscheidungsprozesse in der Slowakei so wie in anderen Ländern zugunsten einer Stärkung der Kompetenzen in Brüssel abgeschwächt hätten. „Ich bin für eine starke EU, eine starke konföderative Gruppierung, die imstande wäre, weltweit tätig zu sein, weil es uns Vorteile bringt“, betonte er. Zala bekundete auch seine Erwartungen hinsichtlich der weiteren Erweiterung der EU. Seiner Meinung nach sollte Kroatien primäre Aufmerksamkeit gewidmet werden, da es aus wirtschaftlicher wie politischer Sicht bereit ist. Danach sollten weitere Länder des Balkans folgen.

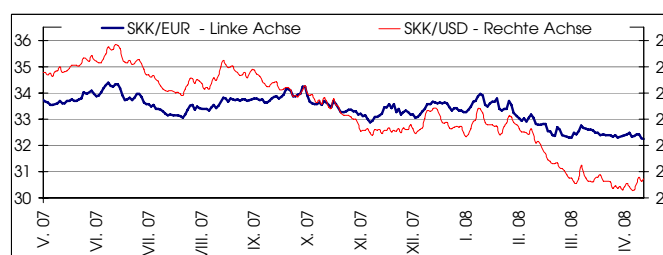
ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

- EU erneut starkes Thema.....1
Iveta Radičová als politische und Bürgerkandidatin in den Präsidentschaftswahlen.....2
Institut für nationales Gedenken wieder im Wege.....2
Absahnen beim Tunnel wieder im Rampenlicht.....3
Muss in der SMK „gehört wer-den“?.....3
- WIRTSCHAFT**
Slowakische Wirtschaft gegenüber weltweiter Rezession zum Teil immun.....3
Arbeitskosten noch immer sehr günstig.....3
Erste Anzeichen einer Verlangsamung des Produktionswachstums sichtbar.....4
Maastrichtkriterium der Inflation erfüllt, Preiswachstum beschleunigt sich trotzdem.....4

OKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (V. 2007 – IV. 2008)



Quelle: NBS

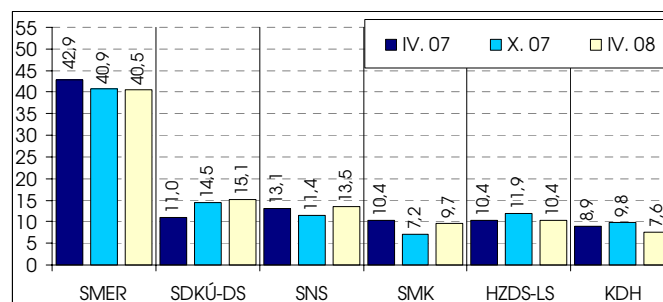
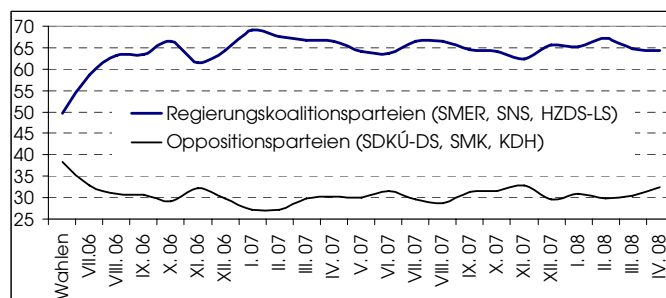
	2004	2005	2006	2007	2008*
BIP-Wachstumstempo (% real)	5,4	6,0	8,3	10,4	7,0*
Inflation (CPI)	7,5	2,7	4,5	2,8	3,1*
Arbeitslosenrate*** (%)	18,1	16,2	13,3	11,0	10,5
Rating (Moody's)	A3	A2	A1	A1	A1*
SKK/USD	32,3	31,0	30,6	24,7	22,1*
SKK/EUR	40,0	38,6	37,5	33,8	33,1*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage;

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik, Diagramm M.E.S.A.10

Laut stellvertretendem Vorsitzenden der oppositionellen SDKÚ-DS Eduard Kukan brachte die Mitgliedschaft der Slowakei in der Europäischen Union (EU) dem Land eindeutig mehr Positives als Negatives. „Davon zeugt auch die Tatsache, dass die Europäische Union bei der slowakischen Öffentlichkeit noch immer beliebt ist, die Bürger glauben noch immer, dass der Beitritt zur EU eine gute Sache war und auch in der Zukunft sich gut auswirken werde“, sagte Kukan – der frühere Außenminister in der Regierung Mikuláš Dzurindas. Zu den Positiva der Mitgliedschaft zählt der Exaußenminister vor allem den Zufluss ausländischer Investitionen (was sich in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit zeigte) und der Möglichkeit, nach der Eingliederung der SR in den Schengenraum frei reisen zu können. Für negativ erachtet er die Tatsache, dass nicht alle Unionsländer ihren Arbeitsmarkt für die Bürger der neuen Mitgliedsländer geöffnet haben. Er verstehe nicht, wieso zum Beispiel Deutschland und Österreich auf diesen Positionen beharren, da Staaten wie Großbritannien oder Irland nach der Arbeitsmarktöffnung keinerlei negative Auswirkungen verzeichneten. Es hätten sich seiner Meinung nach die Befürchtungen alter EU-Mitgliedsländer vor Kriminalität oder nicht zu bewältigender Zuwanderung nicht bewahrheitet.

Verabschiedung des sog. Lissabonvertrags

Als neuntes EU-Land ratifizierte die Slowakische Republik den Lissabonvertrag der EU, womit sie laut Premierminister Robert Fico zu mehr Aktionsfähigkeit der Union beitrug.

Der Lissabonvertrag wurde zum Instrument des innenpolitischen Kampfes. Für dessen Verabschiedung reichten im Parlament die Abgeordnetenstimmen der Regierungskoalition nicht aus, nötig war auch die Unterstützung der Opposition (zumindest ihres Teils). Die Opposition kam aber überein, diesen Vertrag nicht zu unterstützen, sollte die Regierungskoalition den vorgelegten Entwurf des Pressegesetzes (das nach der Opposition die Medienfreiheit einschränke) nicht ändern. Diese „erpresserische“ Haltung begründete die Opposition mit einer drohenden Knebelung der Demokratie im Falle einer Annahme des vorgelegten Pressegesetzentwurfs. Der Boykott des Lissabonvertrags dauerte somit wegen der innenpolitischen Spannung einige Monate. Von den

Oppositionsparteien äußerte nur die KDH inhaltliche Vorbehalte gegen den Vertrag, die restlichen Oppositionsparteien boykottierten den Vertrag nur wegen taktisch-politischer Manöver. Im April kam es jedoch zur plötzlichen Wendung: Trotz der Verabschiedung des umstrittenen Pressegesetzes im Parlament ist auch der Lissabonvertrag im Parlament durchgekommen. Ursache waren die Stimmen der oppositionellen Partei der ungarischen Koalition (SMK), welche der Koalition die zur Genehmigung des Vertrags benötigten fehlenden Stimmen fehlten. Die anderen Oppositionsparteien reagierten mit scharfer Kritik: Sie hielten es für einen Verrat seitens der SMK, das Eintreten eines funktionsuntüchtigen Zustands in der Opposition. Das Motiv des Vorgehens der SMK war unklar, es tauchten Spekulationen über einen politischen Handel auf, bei dem die Regierungskoalition Zugeständnisse gegenüber der SMK, z.B. bei der Neuregelung der Gesetzgebung im Schulwesen, gemacht hätte.

Euro ist wesentlich näher

Die Slowakei hat die quantitativen Kriterien für den Beitritt zur Eurozone erfüllt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist ein positiver Standpunkt der EU-Organe hinsichtlich der Euroeinführung zum 1.1. 2009 zu erwarten. Fraglich war die längste Zeit die Erfüllung des Inflationkriteriums. Dieses Kriterium enthält keine festen Grenzwerte und ist eine Funktion der Inflation in den anderen Ländern der Union. Trotz der stärker werdenden Inflation in der Slowakei seit Herbst 2007 gab es letztendlich mit der Erfüllung des Inflationkriteriums kein Problem, da wegen der beschleunigten Inflation in der ganzen EU auch der Wert des Kriteriums angestiegen war.

Die Erwartung des Euro hat auch eine interessante politische Ebene. Die Regierung kann sich wieder in ihre beliebte Rolle als Beschützerin der Bürger positionieren: „Wir befürchten, dass vor allem Spekulanten den Übergang von der Krone auf den Euro zur spekulativen Preissteigerung von Lebensmittel- und manchen Dienstleistungspreisen ausnutzen könnten“, sagte Premier Robert Fico. Würde es dazu kommen, so ist die Regierung laut des Premiers bereit, auch nach Preisregulierungen zu greifen. Wenn es vonnöten sein wird, sollte eine spekulative Preissteigerung laut Fico als Straftat bewertet werden. „Die Einführung des Euro muss nicht nur ein Erfolg für die Slowakei, sondern ein Erfolg jedes Bürgers der Slowakischen Republik sein“, ergänzte R. Fico. Es ist also zu erwarten, dass die Regierung einerseits

mit dem Euro prahlen und sich auf der anderen Seite vor ihren Wählern in die Rolle eines „Beschützers vor den Folgen des Euro“ stilisieren wird.

Iveta Radičová als politische und Bürgerkandidatin in den Präsidentschaftswahlen

Die stellvertretende Vorsitzende der oppositionellen SDKÚ-DS Iveta Radičová begann mit der für die Registrierung in den Präsidentschaftswahlen erforderlichen Unterschriftensammlung. Diesen Schritt unternahm sie trotz der Unterstützung durch alle drei parlamentarische Oppositionsparteien und wurde somit zur gemeinsamen Kandidatin der oppositionellen Parteien für das Präsidentenamt der SR. Fraglich war nur die Unterstützung seitens der Christlichdemokratischen Bewegung, welche die liberalen Ansichten dieser Politikerin mit gewissem Unmut vernahm. Letztendlich bekam Radičová (die laut Meinungsumfragen die populärste Oppositionspolitikerin ist) aber auch von der KDH ihre Unterstützung. Radičová möchte aber nicht nur politische, sondern auch Bürgerkandidatin sein, daher benötigt sie 15 tausend Unterschriften von Bürgern.

Die Bürger der SR werden den neuen Präsidenten (in Direktwahl) nächstes Jahr wählen. Laut aktueller Meinungsumfragen würde Iveta Radičová zusammen mit dem jetzigen Staatsoberhaupt Ivan Gašparovič in die zweite Runde aufsteigen. Dieser äußerte sich bislang nicht eindeutig, ob er wieder kandidieren wolle. Die stärkste Regierungspartei Smer-SD beschloss jedoch, Ivan Gašparovič zu unterstützen, sollte er sich wieder um den Präsidentenposten bewerben wollen. Würde Radičová siegen, so wäre sie die erste Präsidentin in der Geschichte der Slowakei.

Institut für nationales Gedenken wieder im Wege

Es ist nicht das erste Mal, dass ein Vorschlag zur Schließung oder Änderung des Instituts für nationales Gedenken (ÚPN) vorliegt. Es handelt sich um ein Institut, das Verbrechen in totalitären Regimes in der Slowakei erfasst. Schon aus seinem Tätigkeitsgegenstand geht hervor, dass es manchmal auf etwas stößt, dass auch heute delikater ist und sich empfindlich auswirkt.

Die jetzige Attacke auf das Institut ÚPN fiel auf, da diese nach dem Durchsickern von Informationen aus dem ÚPN über die problematische Vergangenheit des Vorsitzenden der

regierenden Partei SNS Ján Slota an die Medien folgte. Daher sieht die Initiative mancher Vertreter der Regierungskoalition als zweckgebunden oder als Racheakt aus. Dass der Vorschlag zur Schließung des Instituts zweckgerichtet ist, belegt auch die Tatsache, dass die Partei SNS vor einem knappen Jahr die Tätigkeit des ÚPN unter der Leitung von Ivan Petránský, der selbst von der SNS nominiert war, hervorgehoben und gelobt hatte. Nachfolgend habe einige Vertreter der Regierungskoalition die Rhetorik hin zu einer Umstrukturierung und keiner Schließung des ÚPN geändert.

Die Vertreter der parlamentarischen Opposition haben sich für das Institut für nationales Gedenken eingesetzt. Der Vorschlag zur Schließung des ÚPN wurde Ende April von drei SNS-Abgeordneten ins Parlament vorgelegt. Laut Vorschlag hätte das Institut mit Jahresende geschlossen werden sollen. In der Begründung des Vorschlags wird angeführt, dass das ÚPN die gesetzlich auferlegten Verpflichtungen langfristig nicht mehr erfülle. Der Vorsitzende des Institutsvorstands Ivan Petránský hat diese Feststellung grundsätzlich abgelehnt. Die Liquidierung des Instituts, das sich mit den Verbrechen der kommunistischen und faschistischen Regimes befasst, wäre seiner Meinung nach ein Rückschritt bei der Auseinandersetzung mit der Zeit der Diktatur.

Absahnen beim Tunnel wieder im Rampenlicht

Vertreter der Regierungskoalition (und vor allem der Premierminister) beschuldigten die Führung der oppositionellen SDKÚ-DS der politischen Verantwortung für die angebliche finanzielle Bereicherung beim Aufbau des Autobahntunnels Branisko. Die politische Verantwortung für das finanzielle Aushöhlen des Tunnels Branisko, zu welcher der Premier frühere Regierungsparteien ruft, lehnte der frühere Finanzminister und stellvertretende SDKÚ-DS Vorsitzende Ivan Mikloš mit den Worten: „statt zu regieren, spielt Robert Fico Ermittler, Richter und Staatsanwalt“, ab. Der Auftritt des Premierministers wirkte tatsächlich wie jener eines Staatsanwalts. Robert Fico warf der Führung der SDKÚ-DS auch vor, von den schweizer Konten ihrer nominierten Leute in der Slowakischen Straßenverwaltungsgesellschaft (SSC) gewusst zu haben.

Bereits nach Veröffentlichung des Berichtes des Slowakischen Nachrichtendienstes, die auf finanzielle Machenschaften beim Bau des Tunnels Branisko aufmerksam machte, erstattete der damalige Verkehrsminister für die SDKÚ-DS Pavol Prokopovič in dieser Sache Strafanzeige. Die Ermittlungen laufen seit 2004, als die SDKÚ-DS in der Regierung war.

Muss in der SMK „gehört werden“?

Der Konflikt innerhalb der Partei der ungarischen Koalition entbrannte, nach dem einige Politiker der Partei einschließlich des früheren Landwirt-

schaftsministers Zsolt Simon (Minister zur Zeit der Regierung von Mikuláš Dzurinda) dem Parteivorsitzenden Pál Csáky ein angebliches Tauschgeschäft mit Premier Robert Fico vorwarfen. Es sollte kurz vor der Unterstützung der Regierungskoalition durch die SMK bei der Verabschiedung des Lissabonvertrags (der bis dahin blockiert wurde) passiert sein.

Simon rief danach Csáky zum Rücktritt auf, da er seiner Meinung nach den guten Namen der Partei schädigte und seine eigenen Interessen verfolgte. Die SMK-Führung stellte sich hinter ihren Vorsitzenden und schlug eine Überprüfung der Handlungen des Abgeordneten durch eine Ethikkommission. Diese empfahl seinen Ausschluss. Der frühere Vorsitzende Béla Bugár warnte, dass der Ausschluss Simons den Abgang weiterer Mitglieder bewirken könne. Laut Simon gehe es darum, dass jeder in der SMK gehorche und wenn er dies nicht tue, dann werde er vom Vorsitzenden bestraft.

Wie die Sache für den konkreten Parlamentsabgeordneten endet, ist in dieser Affäre nicht so wichtig, es geht eher um eine nachweisliche Spannung in der Partei, die früher innerlich ruhig zu sein schien. Die Spannungen in der SMK dauern bereits über ein Jahr lang und wurden durch einen überraschenden Wechsel am Vorsitzendenposten ausgelöst. Damals siegte Pál Csáky über den langjährigen Vorsitzenden Béla Bugár in einem knappen Duell um den Parteichefsessel.

WIRTSCHAFT

Slowakische Wirtschaft gegenüber weltweiter Rezession zum Teil immun

In wirtschaftlich hoch entwickelten Staaten sind die Wachstumsaussichten für 2008 wegen der Erschütterungen an den Finanzmärkten gedämpft. Die Entwicklung der realen Wirtschaft ist von den Umwälzungen auf den Finanzmärkten nicht isoliert. Es sind jedoch abgeschwächte direkte Wege, über welche die genannten ungünstigen Einflüsse auf die slowakische Wirtschaft übertragen werden. Diese Einflüsse sind zum Teil filtriert und indirekt.

- Der Einfluss einer geschwächten Nachfrage betrifft vor allem die U.S. Wirtschaft, sie wird teilweise auf Westeuropa übertragen und wirkt sich erst auf diesem Wege mittelbar auf slowakische Exporteure aus. Die

Auswirkungen der gesunkenen Nachfrage sind geschwächt, da im Vergleich zu den neunziger Jahren die früher starke konjunkturelle Empfindlichkeit der slowakischen Exportproduktion zurückgegangen ist.

- Der Einfluss der erhöhten Inflationsrate ist noch durch die vorübergehend erfolgende Stärkung der slowakischen Währung geschwächt. Das Erstarken der Krone verbilligt den Import und verhindert somit die Übertragung der sog. importierten Inflation. Nach der zu erwartenden Fixierung des SKK/EUR Wechselkurses büßt aber die slowakische Wirtschaft diesen antiinflationären Faktor ein. Wir nehmen jedoch nicht an, dass die Stärkung der Währung der entscheidende antiinflationäre Faktor wäre. Auch laut des Standpunktes der Nationalbank der Slowakei ist dies eher ein Neben- bzw. Hilfsfaktor.

Die Einwirkung der äußeren Umgebung wird im Jahr 2008 nicht optimal und einem Wachstum der slowakischen Wirtschaft nicht behilflich sein. Die negativen Effekte werden sich jedoch eher vermittelt, geschwächt auswirken und werden nach unseren Annahmen die makroökonomische Entwicklung in der SR auf ernstere Weise nicht gefährden.

Arbeitskosten noch immer sehr günstig

Die slowakische Wirtschaft verliert allmählich den Vorteil einer billigen Arbeitskraft, aber bei dieser Tendenz sind die Arbeitskosten in der Slowakei für ausländische Investoren noch immer vorteilhafter als in den meisten anderen neuen EU-Mitgliedsländern. 2007 erreichten die nach Kaufkraftparität gemessenen Einheitskosten für Arbeit (auf Produktionseinheiten um-

gerechnete Arbeitskosten) in der SR 38% des Niveaus von Österreich. Die gleiche Kennzahl betrug 2007 in Litauen 42%, in Ungarn 43%, in der Tschechischen Republik 45%, Estland 46%, Polen 49% und in Slowenien 66% (Angaben des WIIW). Für die Entscheidungsfindung ausländischer Investoren, die einen überwiegenden Teil der von ihren Unternehmen in der Slowakei erzeugten Produktion aus der SR exportieren, sind die Einheitskosten für Arbeit nicht auf Basis der Kaufkraftparität, sondern auf jener der Wechselkurse entscheidend (der Unternehmer verfolgt nicht die Parität, sondern den offiziellen Wechselkurs). Nach Umrechnung durch den offiziellen Wechselkurs ist der Vorteil niedriger Kosten für die Arbeit in der SR noch beträchtlich höher. Nach der Umrechnung über die Wechselkurse erreichten die Einheitskosten der Arbeit lediglich 23% des österreichischen Niveaus.

Erste Anzeichen einer Verlangsamung des Produktionswachstums sichtbar

In der slowakischen Wirtschaft gibt es weiterhin Voraussetzungen zur günstigen Entwicklung der Wirtschaftsleistungsparameter. Diese sind in einer beträchtlichen Investitionsdynamik im vorangegangenen Zeitraum, der Ankunft mehrerer großer Investoren, der Konsolidierung öffentlicher Finanzen sowie des Effekts wirtschaftlicher Integration (kleinere und wirtschaftlich schwächere Länder haben die Tendenz, größere und stärkere einzuholen) begründet. Eine sehr hohe Vergleichsbasis des Jahres 2007 kann eine geringere Dynamik des Wirtschaftswachstums bedeuten. Das Tempo des realen BIP-Wachstums wird nach unserer Schätzung in einen Bereich von 7,1% - 7,6% sinken. Eine reduzierte Wachstumsdynamik des

realen BIP ist aber nicht als ungünstige Entwicklung oder Misserfolg zu verstehen, sie ist eher eine zu erwartende Folge der im vorangegangenen Zeitraum erzielten außerordentlichen Zahlen. Auch das geringer geschätzte BIP-Wachstumstempo für 2008 ist noch immer sehr positiv.

Der Rückgang des Wachstumstempos des realen BIP und anderer Kennzahlen wirtschaftlicher Aktivität hat folgende Gründe:

- Die besonders hohe Vergleichsbasis aus dem Vorjahr. Die hohe Vergleichsbasis bewirkt einen Rückgang des Wachstumstempos, das ist ein Gesetz der Mathematik.
- Wachstumsanreize der Jahre 2006 und 2007 bleiben aus. Es ging hier vor allem um den Anlauf besonders großer (für slowakische ökonomische Größen) Unternehmen im Industriebereich.

Eine Verlangsamung des Produktionswachstumstempos zeigt sich bereits in den Zahlen der ersten Monate 2008 (es ist aber eine Verlangsamung bei noch immer hohen Wachstumstempi). Das Wachstumstempo der Industrie- und Bauproduktion verlangsamte sich im Vergleich mit den ersten Monaten des Jahres 2007 (Diagramm 1). Dies gilt nicht für die Leistungen im Einzelhandel, in dem die Wachstumsdynamik Anfang 2008 höher war als im gleichen Zeitraum des Jahres 2007 (die Vergleichsbasis aus dem Vorjahr ist hier ausnahmsweise sehr gering).

Maastrichtkriterium der Inflation erfüllt, Preiswachstum beschleunigt sich trotzdem

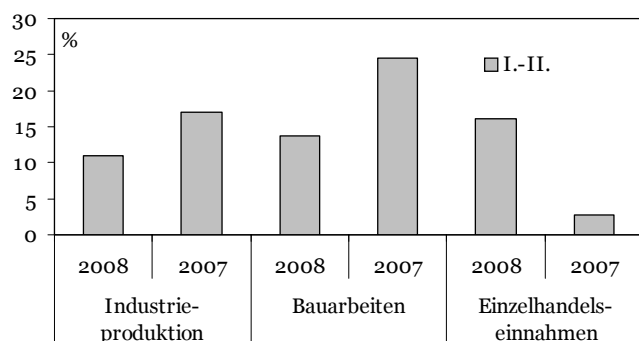
Die slowakische Wirtschaft erfüllte im April quantitativ die Konvergenzkriterien für die Einführung des Euro. Das bedeutet, dass die numerischen Werte von fünf verfolgten Parametern (Inflati-

on, Langzeitzinsen, öffentliche Verschuldung, Defizit öffentlicher Finanzen und Wechselkurs) das festgelegte Intervall erreichten. Jetzt muss die slowakische Wirtschaft auch in der Bewertung auf qualitativer Ebene bestehen. Es ist eine Diskussion mit den EU-Organen dahingehend zu erwarten, wie verlässlich und nachhaltig die Kriterien erfüllt wurden. Eine originelle Charakteristik der slowakischen Wirtschaft ist eine langfristige und wesentliche Stärkung heimischer Währung im Prozess der Vorbereitung auf den Beitritt zur Eurozone. Mit dieser Erscheinung haben die EU-Organen keine ausreichende Erfahrung.

2008 und wohl auch 2009 wird sich die Tendenz des Inflationsrückgangs schwächen (obwohl nicht beträchtlich), diese kommt wahrscheinlich im Jahr 2010 wieder auf. Im Jahr 2008 sind es überwiegend Kosten- und Verwaltungsfaktoren, die zu einer mäßigen Preiswachstumsbeschleunigung führen werden. Andererseits ist hier noch vorübergehend ein mäßiger antiinflationärer Einfluss der sich festigenden heimischen Währung vorhanden. Nach der Kursfixierung gegenüber dem Euro wird dieser Einfluss entfallen. Nach Erfüllung des Maastrichter Kriteriums für Inflation kann auch die Wachsamkeit der Autoren der Wirtschaftspolitik bei antiinflationären Maßnahmen nachlassen.

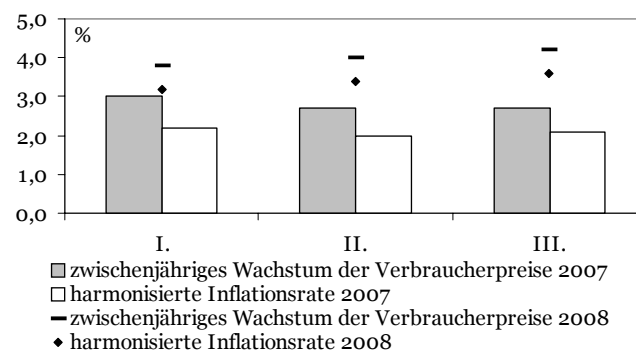
In den Angaben der ersten drei Monate des Jahres 2008 widerspiegelt sich schon eine Stärkung der Inflation (Diagramm 2). Für 2008 wird von uns eine zwischenjährige Inflationsrate in einem Intervall von 3,4%-3,8% geschätzt, also um 0,6 bis 1 Prozentpunkt mehr als 2007.

Diagramm 1: Tempo des zwischenjährigen Produktionswachstums ausgewählter Branchen in den ersten zwei Monaten der Jahre 2007 und 2008.



Quelle: Statistisches Amt der SR

Diagramm 2: Vergleich des zwischenjährigen Preisniveaustiegs in den ersten drei Monaten 2007 und 2008.



Quelle: Statistisches Amt der SR